

Verkehrspolitik 2018 - Wie geht es weiter nach der Bundestagswahl

Deutschland, vier Monate vor der Bundestagswahl 2017: Die Parteien feilen fleißig an ihren Programmen, die Schlagzeilen füllen sich langsam mit Versprechen und in Berlin werden noch hastig die letzten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht. Auch für die Transport- und Logistikwirtschaft bedeutet das: Es ist höchste Zeit, Bilanz zu ziehen und einen Blick nach vorne zu werfen: Was haben Union und SPD verkehrspolitisch bewegt und wo hat die Große Koalition versagt? Ulrich Lange (CSU), Mitglied des Bundestags und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bezeichnet den neuen Bundesverkehrswegeplan als besonders gut gelungen in der vergangenen Legislaturperiode:

Oton: Nach Ansicht von Ulrich Lange (CSU), MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist Geld da. Allerdings hapert es bei der Umsetzung. Er fordert eine Reform der Auftragsverwaltung.

Das mehr gebaut wird, kann wohl jeder Autofahrer und Bahnreisende bestätigen. Jochen Quick, Geschäftsführer der Quick GmbH & Co. KG und Präsident des BWVL ist auch zufrieden damit, dass in die Infrastruktur investiert wird, allerdings fordert er eine nachhaltige Planung:

Oton: Jochen Quick, Geschäftsführer der Quick GmbH & Co. KG und Präsident des BWVL verlangt mehr Sachverstand in der Verkehrsplanung.

Oton: Man werde Infrastruktur nur verbessern, wenn man dauerhaft plane und baue. Das erreiche man nur mit einer nachhaltigen Finanzierung und sonst niemals, dann werde diese Infrastruktur weiter zerbröseln, so Jochen Quick, Geschäftsführer der Quick GmbH & Co. KG und Präsident des BWVL.

Für Valerie Wilms (Bündnis 90/Die Grünen), MdB, Mitglied und Obfrau im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur ist der Bundesverkehrswegeplan nach wie vor eine „Wünsch Dir was“ Liste für Politiker, die sich vor allem für Projekte in ihren Wahlkreisen stark machen. Auch sie fordert eine nachhaltige Finanzierung und Planung von Infrastrukturprojekten. Und sie setzt sich dafür eine nutzerorientierte Finanzierung:

Oton: Valerie Wilms (Bündnis 90/Die Grünen), MdB, Mitglied und Obfrau im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur will eine Maut außerhalb von Ortschaften. Die Einnahmen dürften dann nur für Infrastruktur verwendet werden, als eine Gebühr.

Bei so einem System müsste nicht nur auf Autobahnen und Bundesstraßen Maut bezahlt werden, sondern auch auf Staats-, Kreis- oder Gemeindestraßen. Georg Dettendorfer, Geschäftsführer der Johann

Dettendorfer Spedition Ferntrans und Vizepräsident der IHK für München und Oberbayern hat nichts gegen eine Maut auf Autobahnen und Bundesstraßen, allerdings warnt er:

Oton: Georg Dettendorfer, Geschäftsführer der Johann Dettendorfer Spedition Ferntrans und Vizepräsident der IHK für München und Oberbayern zufolge sollte jeder Nutzer bezahlen, allerdings muss man auf die Mauthöhe achten. Wenn sie zu hoch ausfällt, verliert der Standort Deutschland, wie er meint.

Die Podiumsteilnehmer wünschen sich gerade wenn es um grenzüberschreitenden Güterverkehr geht europäische Lösungen. Wie schwierig das ist, zeigt unter anderem die neuen Gesetze, die in einigen Ländern gegen „Sozialdumping“ und „unfairen Wettbewerb“ beschlossen wurden. Dabei geht es um die Arbeitsbedingungen von LKW Fahrern, um Wochenarbeitszeiten und Mindestlöhne. In osteuropäischen Ländern sehen in den neuen Gesetzen, die in Deutschland, Italien und Österreich beschlossen wurden, protektionistische Maßnahmen.

Oton: Rita Hagl-Kehl (SPD), MdB, Berichterstatterin für die europäische Rechtssetzung im Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur hält Alleingänge für notwendig, wenn es auf europäischer Ebene nicht zu regeln ist.

Einigkeit herrscht bei den Podiumsteilnehmern wohl vor allem in einem Punkt: Die nächste Bundesregierung muss sich nach dem Urnengang im September dringend um die Verkehrspolitik kümmern, damit die wirtschaftliche Stärke der Exportnation Deutschland erhalten bleibt beziehungsweise gefördert wird.